

## **Rede von Oberbürgermeisterin Henriette Reker, anlässlich des Gebets der Religionen am 21. September 2024 in der Kölner Zentralmoschee**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Vorstandsmitglieder der Ditib,  
sehr geehrte Frau Dr. Seçmez,  
sehr geehrte Mitglieder des Rates der Religionen,  
sehr geehrte Gäste,

heute ist Weltfriedenstag! Und traditionell treffen wir uns, um gemeinsam zu beten und jenseits der Grenzen der verschiedenen Religionen und Weltanschauungen miteinander ins Gespräch zu kommen. Das Streben nach Verständigung leitet uns an diesem Tag – und in diesem Jahr umso mehr, da er unter dem Motto „Verpflichtet zum Frieden“ steht.

Frieden ist für mich mehr als die Abwesenheit von Kampfhandlungen. Er ist das Ergebnis der Fähigkeit, Konflikte im Dialog, mit Empathie und Kreativität, vor allem aber gewaltlos zu lösen. Wir haben innerhalb der Europäischen Union das Glück, friedvoll zusammenleben zu dürfen – anders als im Nahen Osten oder in der Ukraine.

Aber auch unser Frieden ist bedroht wie seit Jahrzehnten nicht. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat dies bereits deutlich gemacht.

Und immer deutlicher wird eine Gefahr sichtbar, die innerhalb unserer Grenzen zunimmt: Der Zulauf zu populistischen Parteien – zu rechtsextremen Parteien –, die unsere Demokratie, unsere Vielfalt und Humanität infrage stellen.

Dass sich derzeit Parteien mit Forderung zur Begrenzung von Migration gegenseitig überbieten, ist insbesondere dem Erfolg dieses Lagers geschuldet. Gleiches gilt für die Ausweitung von Grenzkontrollen.

Klar ist: Unsere finanziellen Spielräume sind enger geworden. Für Kommunen bleibt die Aufnahme Geflüchteter eine riesige Herausforderung – auch wenn die Zahlen in städtischen Unterkünften gegenüber dem Vorjahr rückläufig sind.

Eines ist mir heute wichtig zu betonen:

Mit Widerstrebt es, dass sich Demokratinnen und Demokraten von einer rechtsextremen Partei die Agenda vorschreiben lassen sollen. Es ist und bleibt eine allzu simple Erzählung, dass alle Probleme unserer Gegenwart ihren Ursprung in der Migration hätten. Dieser Zusammenhang wird auch nicht nach Solingen richtiger, und auch nicht angesichts der Wahlen in Brandenburg!

Illegale Migration als Hauptursache gesellschaftlicher Probleme darzustellen, greift viel zu kurz.

Und noch etwas möchte ich klarstellen:

Das grundgesetzlich verbriefte Recht auf Asyl kann keine Partei, die mit beiden Beinen auf dem Boden unserer Verfassung steht, ernsthaft in Frage stellen.

Im Übrigen halte ich es für mehr als unklug, unsere europäischen Nachbarn mit Alleingängen zur Grenzsicherung zu düpiieren.

Debatten wie die aktuelle können sinnvolle Veränderungen bewirken – und auch ich glaube, dass es Regelungen gibt, die wir anpacken müssen – etwa um Missbrauch unseres Asylsystems zu verhindern. Doch wir dürfen jetzt nicht überdrehen. Ansonsten nimmt die Polarisierung zu und die Chance auf eine europäische Lösung rapide ab!

Ich glaube trotz der aktuellen Diskussionen weiterhin an eine offene und vielfältige Gesellschaft! Mit unserer „Kölner Friedensverpflichtung“ vom 29. Oktober 2006, die auch Bestandteil der Geschäftsordnung des Rates der Religionen ist, bekräftigen wir unseren Willen zum friedlichen Zusammenleben in unserer Gesellschaft.

„Täglich werden zahllose Menschen Opfer von Fanatismus, Krieg und terroristischen Anschlägen. (...) Religion wird immer wieder für die Anwendung von Terror instrumentalisiert und missbraucht. Die Gewalt und der Hass, der Terror und die Kriege in der Welt erschüttern uns und fordern uns zur Besinnung und zum Handeln heraus...“.

Ich behaupte, Köln ist wie keine andere Stadt geeignet, Friedensbotschaften glaubhaft auszusenden. Denn wir pflegen täglich den Frieden – mit unseren etwa 130 Religionsgemeinschaften und über 180 Nationalitäten.

Unsere Anwesenheit hier und heute zeugt von einer gemeinsamen Überzeugung, die über die Unterschiede hinausgeht: die Überzeugung, dass Frieden nicht nur ein Wunsch, sondern eine Notwendigkeit ist. Und dass wir alle in der Pflicht sind, in unseren jeweiligen Wirkungsbereichen am Frieden mitzuarbeiten!

Das beginnt mit der Bereitschaft, zuzuhören, zu verstehen und gemeinsam Lösungen zu finden. Diese Bereitschaft jetzt beizubehalten, darauf kommt es an!

Nach Solingen heißt das, den gesellschaftlichen Fliehkräften unsere gemeinsame Überzeugung für eine friedliche Vielfalt entgegenzusetzen. Tragen wir unsere Vorstellung vom gleichen Wert eines jeden Menschen weiterhin in die Gemeinden. Teilen wir ihn mit Freunden und Familie. Und distanzieren wir uns entschlossen von all jenen, die Angst sähen, Terror anwenden oder eine Agenda der Menschenverachtung verfolgen.

Ich danke Ihnen allen, dass Sie heute mit mir gemeinsam deutlich machen, dass zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion das Verbindende stärker ist als das Trennende! Vielen Dank!